Geltendes Recht	Vorentwurf	Erläuterungen
<p>Kantonale Natur- und Heimatschutzverordnung (KNHV) (vom 20. Juli 1977)</p> <p><i>Der Regierungsrat beschliesst:</i></p>	<p>[Erlasstitel] (vom)</p> <p><i>Der Regierungsrat beschliesst:</i></p>	
<p>1. Bindung des Gemeinwesens</p>	<p>unverändert</p>	
<p><i>Zuständigkeit</i></p>	<p><i>unverändert.</i></p>	
<p>§ 2 a. ¹ Der Vollzug des Sachgebiets Naturschutz obliegt dem Amt für Landschaft und Natur (ALN), jener der Sachgebiete Landschaftsschutz, Denkmalpflege, Archäologie und Ortsbildschutz dem Amt für Raumentwicklung (ARE).</p>	<p>unverändert</p>	
<p>² Die Baudirektion ist zuständig für den Erlass von Schutzanordnungen für Objekte von überkommunaler Bedeutung.</p>		
	<p>³ Kanton und Gemeinden fördern durch Information und Einbezug der Bevölkerung das Bewusstsein für das baukulturelle Erbe und seine Bedeutung für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung.</p>	<p>Die Fachleute sind gefordert, ihre Expertisen sowie den Sinn und Zweck des Denkmal- und Ortsbildschutzes verständlich zu vermitteln, die Bedeutung des baukulturellen Erbes für die Gesellschaft zu erläutern und den Anliegen und Bedürfnissen der Öffentlichkeit auf Augenhöhe zu begegnen. Es gibt heute schon verschiedene Ansätze zur Stärkung der Partizipation und Information. Diese sollen an Bedeutung gewinnen.</p>
<p>I. Allgemeines</p>	<p>unverändert</p>	
<p>3. Inventare im Sinne von § 209 PBG</p>	<p>unverändert</p>	
<p><i>Festsetzung</i></p>	<p><i>unverändert</i></p>	
<p>§ 4. Das ALN und das ARE setzen die überkommunalen, die Gemeinden setzen die kommunalen Inventare fest.</p>	<p>unverändert</p>	<p>unverändert, neu Abs. 1.</p>

Geltendes Recht	Vorentwurf	Erläuterungen
	<p>² Das ARE setzt das Inventar der Baudenkmäler von kommunaler und kantonaler Bedeutung fest, sofern die Zuständigkeit nicht an die Gemeinde delegiert wurde.</p>	<p>Abs. 2 bildet die Ausnahme zu Abs. 1.</p>
	<p>³ Die Gemeinden sind vor der Festsetzung des Inventars der Baudenkmäler anzuhören.</p>	<p>Die Gemeinden mit inventarisierten Baudenkmalen von (neu) kantonaler (vgl. neu § 5 Abs. 2 KNHV) und kommunaler Bedeutung sind vor der Festsetzung anzuhören: Damit können die Gemeinden als Behörde mit raumwirksamen Aufgaben in angemessener Weise an der Inventarisierung vor deren Festsetzung mitwirken.</p>
	<p>⁴ Die Eigentümerschaften sind zu den sie betreffenden Inventareinträgen von Baudenkmalen von kantonaler und kommunaler Bedeutung nach der Festsetzung zu informieren.</p>	<p>Die betroffenen Eigentümerschaften von inventarisierten Baudenkmalen von kantonaler und kommunaler Bedeutung werden neu über den Eintrag informiert. Diese Information ist zu unterscheiden von der schriftlichen Mitteilung an Grundeigentümer nach § 209 Abs. 2 PBG. Da gemäss ständiger Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich die Aufnahme eines Schutzobjektes in ein Inventar gemäss § 203 Abs. 2 PBG eine blosse Verwaltungshandlung ohne Verfügungscharakter ist, kann eine solche auch nicht mit Rekurs oder Beschwerde angefochten werden. Mangels Verfügungscharakter stehen weder den betroffenen Eigentümerschaften noch Verbänden Mitwirkungsrechte bei der Inventaraufnahme zu. Ein Inventareintrag als fachliche Bestandesaufnahme bewirkt einzig die Vermutung einer Schutzwürdigkeit. Die zuständige Behörde ist deshalb verpflichtet, sich mit dieser Vermutung auseinanderzusetzen. Aufgrund der Rechtsnatur eines Inventareintrages wirken die Eigentümerschaften vor oder während der Festsetzung des Inventars nicht mit und sind nicht in den Aufnahmeprozess einbezogen.</p>
<i>Bedeutungsklassierung</i>	<i>unverändert</i>	
<p>§ 5 Im überkommunalen Inventar ist zwischen Objekten von kantonaler und regionaler Bedeutung zu unterscheiden.</p>	<p>§ 5¹ Im überkommunalen Inventar ist zwischen Objekten von kantonaler und regionaler Bedeutung zu unterscheiden.</p>	<p>unverändert; neu Abs. 1</p>
	<p>² Im Inventar der Baudenkmäler ist zwischen Objekten von kantonaler und kommunaler Bedeutung zu unterscheiden.</p>	<p>Die Unterscheidung zwischen «kantonalen» und «regionalen» Bedeutung wird bei den Baudenkmalen häufig nicht verstanden. Im allgemeinen Sprachgebrauch ist von «kommunalen», d.h. für die Gemeinden wichtigen Baudenkmalen, und den «kantonalen», d.h. für den Kanton wichtigen Baudenkmalen, die Rede. Dies wird in Abs. 2 neu so abgebildet. Bei Baudenkmalen gibt es künftig nur noch</p>

Geltendes Recht	Vorentwurf	Erläuterungen
<i>Inhalt der Inventare</i>	<i>unverändert</i>	<p>Schutzobjekte von «kantonalen» und von «kommunalen» Bedeutung. Dies hat zur Folge, dass in der Denkmalpflegefondsverordnung der Beitragssatz von 20% für Baudenkmäler von regionaler Bedeutung gestrichen werden kann (§ 3 Denkmalpflegefondsverordnung). Die Baudenkmäler von «regionaler» Bedeutung werden zu solchen von «kantonalen» Bedeutung.</p> <p>Die anderen überkommunalen Inventare (Landschaftsschutz, Naturschutz, Ortsbildschutz) verwenden die Unterscheidung kantonal und regional nach wie vor. Eine Entflechtung für diese Schutzobjekte ist nicht angedacht (z.B. sind Ortsbilder von kantonalen Bedeutung im Kantonalen Richtplan, Ortsbilder von regionaler Bedeutung im Regionalen Richtplan festgesetzt).</p>
§ 6. ¹ Die Inventare enthalten wenigstens folgende Angaben: – knappe Umschreibung und Wertung des Objektes, – bestehende Schutzmassnahmen, – Schutzzweck.	§ 6. ¹ Die Inventare enthalten wenigstens folgende Angaben: – knappe Umschreibung und Wertung des Objektes, – bestehende Schutzmassnahmen, – Schutzziele.	Die Inventare sollen neu Angaben über die wesentlichen Schutzziele anstelle von Angaben über den Schutzzweck beinhalten. Der Begriff «Schutzziele» wird vom Bundesgericht als Massstab für Naturschutzobjekte wie auch für Ortsbilder verwendet, um festzustellen, ob geplante Eingriffe in ein Schutzobjekt zu einer wesentlichen Beeinträchtigung führen (Urteil 1C_179/2015 vom 11. Mai 2016, im Zusammenhang mit Art. 18a Abs. 3 RPG). Mit der Nennung der Schutzziele wird der «anzustrebende Schutz» (vgl. analog. Art. 5 Abs. 1 lit. e NHG) in nicht abschliessender Weise beschrieben. Die Schutzziele sind eine Konkretisierung des Schutzzweckes und deshalb präziser in ihrer Aussage.
² Die Inventare der Ortsbilder enthalten zusätzlich Angaben über die für das Ortsbild wichtigen – Einzelobjekte und Gebäudegruppen, – Gebäudefluchten und Firstrichtungen, – Freiräume und Bäume.	Abs. 2 unverändert	
<i>Nachführung</i>	<i>unverändert</i>	
§ 8. Die Inventare sind nach Bedarf nachzuführen.	§ 8 ¹ Die Inventare sind nach Bedarf nachzuführen. ² Die Gemeinden sind verpflichtet, die von ihnen erlassenen Schutzentscheide zwecks Nachführung	unverändert; neuer Abs. 1 Die Information an das ARE / die Baudirektion dient der Nachführung des Inventars. Es findet keine Rechts- oder anderweitige inhaltliche Kontrolle über die Tätigkeit der kommunalen Schutzbehörde statt.

Geltendes Recht	Vorentwurf	Erläuterungen
	des Inventars der Baudenkmäler dem ARE zur Kenntnis zu bringen.	Zugleich dient die Nachführung des Inventars auch der Nachführung des GIS-Browsers. Auf dem kantonalen GIS-Browser (maps.zh.ch) sind die Baudenkmäler von kantonalen Bedeutung bereits publiziert. Ab 2026 müssen auch die Geobasisdaten betreffend kommunale Inventarobjekte auf dem GIS-Browser zur Verfügung stehen (vgl. Anhang 4 der KGeoIV).
	³ Die Gemeinden, die das kommunale Inventar der Baudenkmäler führen, sind verpflichtet, die Geodaten nach [KGeoIV] in geeigneter Weise zur Nachführung des kantonalen GIS-Browsers zur Verfügung zu stellen.	Die Pflicht, die Geodaten betreffend die kommunalen Inventarobjekte zu liefern, besteht bereits gemäss dem geltenden Geoinformationsrecht ab dem Jahr 2026 (vgl. § 23 KGeoIV i.V.m. Anhang 2 der KGeoIV). Die vorliegende Norm verdeutlicht, dass auch diejenigen Gemeinden, an die die Führung des Inventars der Baudenkmäler von kommunaler Bedeutung delegiert wurde (§ 4 Abs. 2 KNHV), die Geodaten des Inventars in einer Weise der Baudirektion zur Verfügung stellen müssen, dass der GIS-Browser eine umfassende Darstellung des Inventars der Baudenkmäler leisten kann.
5. Anspruch auf Entscheid gemäss § 213 PBG	unverändert	
IV. Ortsbild- und Denkmalschutz	unverändert	Vorbemerkung: Ortsbilder und Baudenkmäler (Denkmäler) sind als wichtige bauliche Zeugen einer Epoche erhaltungswürdig. Die Kriterien politisch, wirtschaftlich, sozial oder baukünstlerisch beschreiben einen bestimmten Blick auf die Zeugenschaft. Die Kantone verwenden eine Vielzahl von unterschiedlichen Kriterien, mit welchen sie die kulturgeschichtliche Bedeutung von Objekten beschreiben (vgl. ENGELER, Das Baudenkmal im schweizerischen Recht, Zürich 2008, S. LV, 132 ff.). Zentral ist stets die Zeugenschaft über das menschliche Handeln innerhalb einer bestimmten Epoche, an einem bestimmten Ort.
§ 23. ¹ Objekte des Ortsbildschutzes sind die in § 203 lit. c PBG genannten, in der Regel grösseren Baugesamtheiten.	§ 23. ¹ Ortsbilder nach § 203 Abs. 1 lit. c PBG sind in der Regel grössere Baugesamtheiten wie Ortskerne, Quartiere, Gebäudegruppen, Strassen und Plätze.	Die aktuelle Beschreibung des Ortsbildschutzes wird ergänzt mit den beispielhaften Aufzählungen aus § 203 Abs. 1 lit. c PBG. Materiell bewirkt dies keine Änderung.
² Objekte des Denkmalschutzes sind Einzelgebäude und kleinere Gebäudegruppen.	² Baudenkmäler nach § 203 Abs. 1 lit. c ^{bis} PBG sind Bauten und Anlagen einschliesslich Gebäudegruppen, Wohnsiedlungen und Ensembles sowie deren Teile und Zugehör.	Die aktuelle Beschreibung des Schutzes von Baudenkmalern wird ergänzt mit den beispielhaften Aufzählungen aus § 203 Abs. 1 lit. c PBG. Materiell bewirkt dies keine Änderung bei der Frage, welche Arten von ortsfesten Anlagen überhaupt Gegenstand des Denkmalpflegerechts sein können. Bereits

Geltendes Recht	Vorentwurf	Erläuterungen
		<p>nach heutigem Recht werden Anlagen als Denkmalschutzobjekte behandelt, sofern sie die materiellen Anforderungen an Baudenkmäler erfüllen. Beispiele sind Anlagen wie Brücken, Flusswehre, Wegkreuze etc.</p> <p>Zudem bezieht sich der Begriff «Bauten und Anlagen» auf die Begrifflichkeiten der Raumplanung wie etwa im PBG (z.B. § 302 PBG zur Bewilligungspflicht) und im Raumplanungsgesetz des Bundes (z.B. Art. 24 RPG)</p>
	<p>³ Der Eigenwert eines Objekts ergibt sich aus seiner Zeugenschaft. Der Situationswert ergibt sich aus der Lage und Prägung einer Landschaft oder Siedlung.</p>	<p>In der Gerichtspraxis werden die Begriffe «Eigenwert» und «Situationswert» häufig verwendet. Es rechtfertigt sich, im Zuge der Gesetzes- und Verordnungsrevision, die auch eine Klärung der Begrifflichkeiten anstrebt, die Begriffe «Eigenwert» und «Situationswert» im Sinne einer Legaldefinition zu verankern.</p>
<p>³ Teile und Zugehör von Gebäuden im Sinne von § 203 lit. c PBG sind namentlich Brunnen, Skulpturen, Portale, Türen, Treppen, Schilder, Wand- und Deckentäfer, Böden, eingebaute Schrankpartien, Gitterwerke, Stukkaturen, Öfen, Inschriften, Wand- und Deckenmalereien sowie andere Gegenstände und Anlagen der Baukunst, seien sie vollständig oder nur fragmentarisch vorhanden.</p>	<p>⁴ Teile und Zugehör sind namentlich Brunnen, Skulpturen, Portale, Türen, Treppen, Schilder, Wand- und Deckentäfer, Böden, eingebaute Schrankpartien, Gitterwerke, Stukkaturen, Öfen, Inschriften, Wand- und Deckenmalereien sowie andere Gegenstände und Anlagen der Baukunst, seien sie vollständig oder nur fragmentarisch vorhanden.</p>	<p>Die Definition von «Teilen und Zugehör» im Sinne einer beispielhaften Aufzählung bleibt unverändert. Angepasst wird einzig der Verweis auf das PBG, da die Auflistung der Gebäudekategorie und damit auch die zu ihnen gehörenden «Teile und Zugehör» sich nun in der Definition in § 23 Abs. 2 KNHV finden lassen.</p>
<p>⁴ Ortsgebundene Gegenstände im Sinne von § 203 lit. d PBG sind Zeugnisse menschlicher Tätigkeiten aus früheren Zeiten wie Siedlungs- und Baureste, Gräber, Brandschichten, Werkgruben, Befestigungen, Keramik, Schmuck, Werkzeuge, Textilien und andere archäologische Fundstücke.</p>	<p>⁵ Ortsgebundene Gegenstände im Sinne von § 203 lit. d PBG sind Zeugnisse menschlicher Tätigkeiten aus früheren Zeiten wie Siedlungs- und Baureste, Gräber, Brandschichten, Werkgruben, Befestigungen, Keramik, Schmuck, Werkzeuge, Textilien und andere archäologische Fundstücke.</p>	<p>unverändert; neu Abs. 5</p>
<p><i>Besondere Anordnungen</i></p>	<p><i>unverändert</i></p>	
<p>§ 25. ¹ Als besondere Anordnungen, insbesondere zum Schutze von Einzelobjekten, sind Vorschriften zu erlassen und Verfügungen zu treffen über die Zulässigkeit von tatsächlichen Veränderungen des Schutzobjektes, dessen Pflege und Unterhalt und</p>	<p>Abs. 1 unverändert</p>	

Geltendes Recht	Vorentwurf	Erläuterungen
allfälliger Restaurierung, welche die Zerstörung, den Zerfall oder die Beeinträchtigung von Denkmalschutzobjekten und ihrer Umgebung verhindern.	² Es können insbesondere Verträge abgeschlossen, Verfügungen getroffen und Vorschriften aufgestellt werden über: <ul style="list-style-type: none">– die Bewilligungspflicht,– den Abbruch,– bauliche Veränderungen am Äussern und im Innern sowie in der Umgebung,– Materialwahl und Farbgebung,– technische Anlagen, wie Reklameeinrichtungen, Aussenantennen, Hauszuleitungen, Liftaufbauten, Entlüftungen, Solaranlagen,– die Nutzung der Gebäude oder von Gebäudeteilen sowie von Freiräumen,– Pflege und Unterhalt,– Restaurierung,– zu erwartende finanzielle Beiträge durch das zuständige Gemeinwesen.	Zum einen ist mit der Revision ein Hinweis zu den finanziellen Beiträgen des zuständigen Gemeinwesens aufzunehmen, welche im Zusammenhang mit besonderen Anordnungen geregelt werden können. Der Begriff Sonnenkollektoren wird durch den Begriff Solaranlagen ersetzt, welcher auch im Bundesrecht verwendet wird (z. B. Art. 18a RPG). Der Begriff Aussenantennen ist nicht mehr zeitgemäss. Hingegen sollen Wärmepumpen ausdrücklich genannt werden.